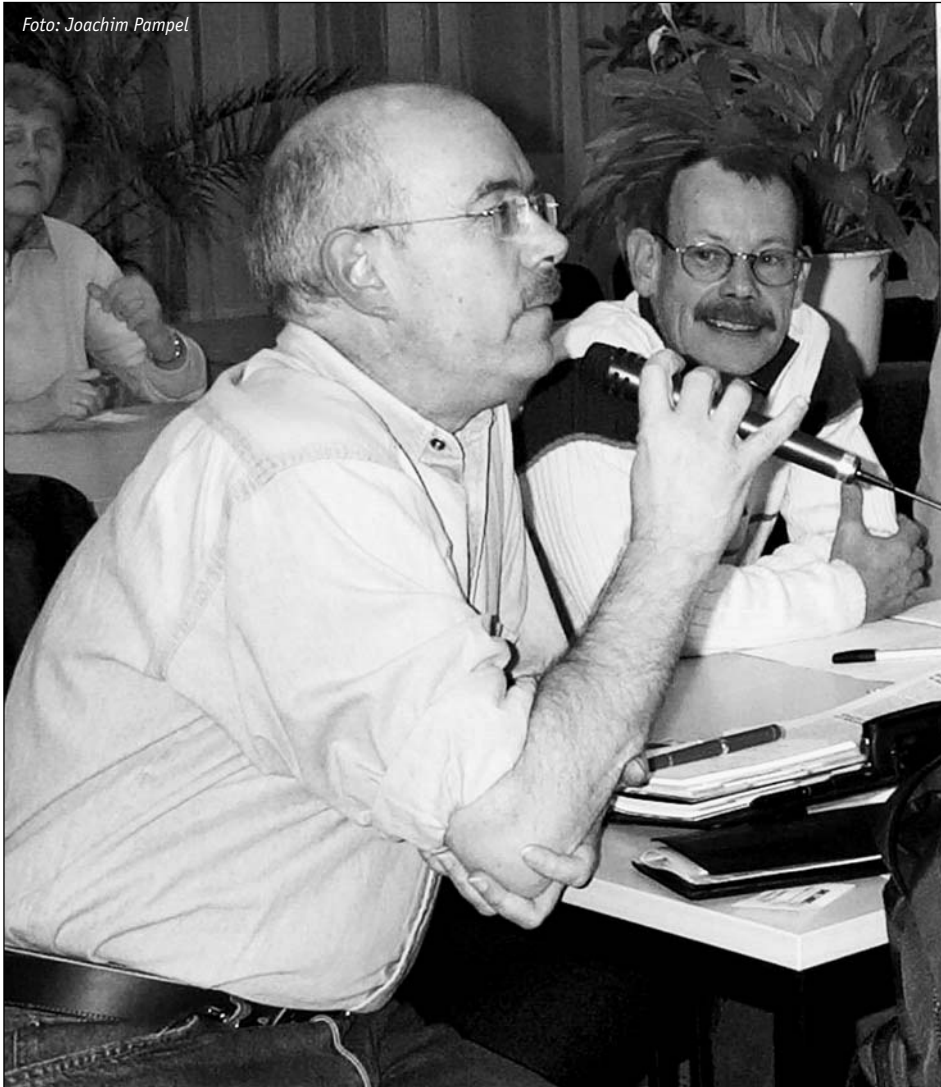


Montag, 17. April:  
**Berliner  
Ostermarsch**  
Treffpunkt: 13 Uhr  
am Brandenburger Tor

Foto: Joachim Pampel



## Mikrofon frei für Bürger

Ja, sie hat es wirklich in sich – die neue Geschäftsordnung unserer Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Kein anderer Berliner Bezirk bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Möglichkeit, sich in die Kommunalpolitik einzubringen:

- Das Mikrofon ist freigegeben für jeden, der seine Argumente in die BVV-Debatte einbringen möchte. So ein Auftritt im Bezirksparlament muss beantragt werden, und sechs Verordnete müssen für den Redner bürgen.
- Die Initiatoren von Bürgerbegehren bekommen mit der BVV und dem Bezirksamt feste Ansprechpartner. Bürgerentscheide sind in Lichtenberg seit Juli 2005 möglich – jetzt sind sie BVV-Beschlüssen gleichgestellt.

- Bürger können die Einwohnerversammlung einberufen oder einen Einwohnerantrag stellen, der von einem Prozent der Lichtenberger unterstützt werden muss.

- Bewährt hat sich die Fragestunde – sie gehört nun zur Tagesordnung der BVV.

- Die Auskunftspflicht des Bezirksamtes gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ist erweitert worden.

Diese Neuerungen bedeuten auch höhere Ansprüche an die Arbeit der Verwaltung. Aber das bringt Bürgernähe nun mal mit sich. „Die da oben“ haben eine Vorlage gegeben – jetzt hilft kein Meckern mehr. Und die Lichtenberger Linke hofft, dass die neuen Möglichkeiten auch rege genutzt werden. *Jürgen Steinbrück*

## Die Sicht eines WASG-Mitgliedes

Von Ralf Otto Lang,  
WASG-Bezirksgruppe Lichtenberg

*Ich bin für den gemeinsamen Antritt von WASG und Linkspartei bei den kommenden Berliner Wahlen. Ich wünsche mir den Zusammenschluss beider Parteien zu einer innovativen gesamtdeutschen Kraft mit Oskar Lafontaine, Petra Pau, Gregor Gysi und Gesine Lötzsch. Die politische Zukunft könnte hoffnungsvoll sein, aber ...!*

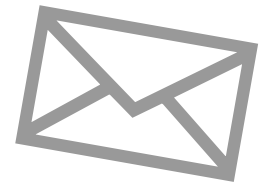
*Leider spielt die WASG-Bezirksgruppe nicht mit und ebenso wenig der Landesvorstand. Der Grund: Einige Mitglieder haben sich (in früherer Zeit) mit der PDS überworfen und wollen partout nicht zurück. Andere sind Fundamentalisten, sie gehören der außerparlamentarischen Opposition und Anarcho-Gruppen an, ein Spektrum aus der Alternativ-Szene, das meint, es hätte die Wahrheit für sich gepachtet und könnte im Berliner Abgeordnetenhaus etwas bewirken.*

*Bei der Urabstimmung der Berliner WASG haben 46 Prozent der Mitglieder gegen einen Alleinantritt votiert. Unmittelbar darauf hat die Bezirksgruppe Neukölln den Landesvorstand zum Rücktritt aufgefordert und die Einberufung eines Sonderparteitags verlangt.*

*Der Landesvorstand verbreitet Zweckoptimismus in der irrigen Annahme, über die 5%-Hürde zu kommen. Meine Prognose: 2 bis 3% der Stimmen. Die Mehrheit der Mitglieder in Lichtenberg und Berlin will die gesamtdeutsche Linkspartei! Wir wenden uns, mit Oskar Lafontaine an der Spitze, mit aller Schärfe gegen den Spaltungsversuch innerhalb der WASG. Die Zukunft wird uns Recht geben!*

## In dieser Ausgabe

- Zukunft Weitlingstraße (Seite 3)
- „info links“ befragte Baustadträtin Katrin Lompscher (Seite 4)
- Steffi Schulze: Hartz IV zwischen Ablehnung und Gestaltung (Seite 6)
- Gesine Lötzsch: „Proleten“ im Bundestag (Seite 7)



## Gegen Gerüchte

Von „Kahlschlag“ bis „Abriss“ schwirren die Gerüchte. Es geht um die Musikschule Lichtenberg. Wie ist die Situation? Derzeit gibt es drei Standorte: Dolgenseestraße 60, Werneuchener Straße 14 und Treskowallee 112. Von den 2622 Schülern werden dort 1947 unterrichtet, weitere 133 an 16 Lichtenberger Schulen und 563 an 16 Kitas. Nüchterne Fakten, aber sagen sie alles aus? Dazu kommen nämlich Zahlen, die mit Geld zu tun haben. Geld, das dem Bezirk zugewiesen wird und das seit Jahren nicht reicht.

Unsere Musikschule ist von allen die teuerste. Im Berliner Vergleich zahlt der Bezirk pro Unterrichtseinheit 5,62 Euro dazu, das sind 400 000 Euro jährlich, die anderswo weggenommen werden müssen. Das Problem, welches jedoch die Bürgermeisterin und die Linke.PDS-Fraktion am meisten bewegt: In Hohenschönhausen-Nord und Lichtenberg-Süd – den Stadtteilen mit den größten sozialen Problemen – werden nur 1,2 Prozent mit den musischen Angeboten erreicht. Um dem entgegenzuwirken, gibt es Überlegungen, einen zentralen Standort in der Volkshochschule Paul-Junius-Straße einzurichten und dazu dezentralisiert in möglichst allen 13 soziokulturellen Zentren Lichtenbergs vielfältigen Musikunterricht anzubieten. Bis zum 20. April soll nun im Kulturausschuss ein „Konzept für die Musikschule 2010“ vorliegen, an dem weiter- und mitzuarbeiten dann alle Beteiligten und Interessierten aufgefordert sind. Beschließen und verabschieden wird es dann die BVV, als Bestandteil eines Kulturentwicklungsplans für den Bezirk. Es geht um neuen Strukturen nicht um weniger, sondern um mehr Möglichkeiten, Chancen auch nutzen zu können.

Inge Uesseler

## Erinnerung

Auch sie litten in der DDR unter Haft und psychischer Folter: Kommunisten wie Paul Merker, Willi Kreikemeyer, Hannelore und Paul Baender. Sie kämpften gegen den faschistischen Terror und waren später zu Unrecht Verfolgungen ausgesetzt. Fraktionsmitglieder der Linkspartei.PDS in der BVV ehrten am 24. März im Ratssaal des Bezirksamtes mit einer eindrucksvollen Lesung Angehörige dieser Opfergruppe, die auf keiner Gedenktafel verzeichnet sind.

50 Jahre nach der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde damit zugleich an den antistalinistischen Gründungskonsens der PDS erinnert. jg

## Parlamentsbesuch

Hafenarbeiter-Kneipe in Kehl, gegenüber dem Strasbourger Rhein-Ufer: Bei einer DGB-Veranstaltung (Foto) informiert Sahra Wagenknecht, wie nach den mächtigen europaweiten Protesten die Bolkestein-Richtlinie im EU-Parlament mit neuen Überschriften, doch gleichem neoliberalen Inhalt im Interesse der Konzerne weiter voran getrieben wird. Ein Genosse von der französischen Gewerkschaft CGT fragt, ob die Politiker erst verstehen,

wenn was kaputt geht, wie bei den Protesten der Hafentarbeiter gegen die EU-Richtlinie „Port Package II“.

Diese Frage bewegt auch 45 meist Berliner Jugendliche, die auf Sahra Wagenknechts Einladung zum Parlamentsbesuch hier sind. Sie sehen zwar nur einen fast leeren Plenarsaal, erfahren aber von Tobias Pflügers Mitarbeiter viel über den Stand des EU-Verfassungsentwurfs und wie unverhohlenen Lobbyismus hier seine Blüten treibt.

[solid]-Lbg, gw/gb



Foto: [solid] berlin

## Neu beginnen

... wollten vor 60 Jahren viele Mitglieder von SPD und KPD. Die Häuser lagen in Trümmern, die Menschen hungerten. Aus der Katastrophe, in die der Faschismus Deutschland geführt hatte, nach allem, was durch Deutsche an Krieg und Massenmord geschehen war, drängten sie zur Einheit der Arbeiterklasse.

„Neu beginnen“ hieß eine um 1930 entstandene Gruppe, die durch Veränderungen innerhalb beider Arbeiterparteien eine revolutionäre Einheitspartei anstrebte. Nach Kriegsende aktivierte sie ihre Kontakte. Auch in Lichtenberg wirkten ihre Vertreter, die Sozialdemokraten Theo Thiele und Georg Müller. Zusammen mit Bürgermeister Franz Stimmig, einem erfahrenen Kommunalpolitiker aus der Zeit vor 1933, brachte sie eigene Vorstellungen in den Einigungsprozess ein. Dieser gestaltete sich widersprüchlich.

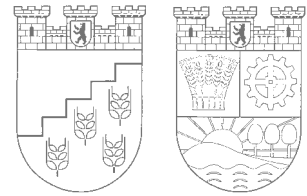
In Lichtenberg hatte General Bersarin sein Quartier, hier nahm auch die „Gruppe Ulbricht“ ihren ersten Sitz und erhob Anspruch auf Schlüsselstellungen für die örtlichen

Kommunisten wie Paul Wolff und Karl Kowalke. Die Folgen des Konflikts sollten sich in den folgenden Monaten nachteilig bemerkbar machen. Erst eine gemeinsame Diskussion am 24. März 1946 in der Schule Schlichtallee mit dem Thema „Der deutsche Weg zum Sozialismus“ konnte ihn entschärfen. Auch der Beschluss zur paritätischen Besetzung aller leitenden Parteifunktionen zeitigte Wirkung.

Die Gründung der SED war ein Ereignis, das die weitere Nachkriegsgeschichte maßgeblich bestimmte. Zunächst trug sie den Charakter einer linken Volkspartei. In ihren antifaschistisch-demokratischen Forderungen stimmten Kommunisten und Sozialdemokraten weitgehend überein. Doch die im kalten Krieg ab 1948 einsetzende „Bolschewisierung“ der SED setzte dieser Entwicklung ein Ende.

Wenn wir heute neu beginnen wollen, sollten wir aus der Geschichte lernen: Wichtig ist es, sich auf Kernprobleme zu einigen, die man in offener Diskussion gemeinsam lösen will. Denn nichts fürchten die bürgerlichen Parteien mehr als eine vereinigte Linke.

Inge Junginger



## Preis für Zivilcourage

Einen Lichtenberger Preis für Demokratie und Zivilcourage soll das Bezirksamt auf Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion einführen. Jährlich sollen Personen bedacht werden, die sich durch couragiertes Auftreten gegen Gewalt und Intoleranz ausgezeichnet haben.

Initiator, Bezirksverordneter Daniel Tietze: „Ich stelle mir eine materielle Anerkennung sowie öffentliche Würdigung von Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern vor, die Bedrängten beispringen oder Benachteiligten zu Chancengleichheit verhelfen. Die Vorschläge können aus der Bevölkerung an das Bezirksamt gerichtet werden. Ein noch zu benennendes Gremium würde über die Auszeichnung entscheiden.“ *J. P.*

## Zukunft Weitlingkiez

Hier müssen wir etwas tun! Das meinen offensichtlich nicht nur die Vertreter von Politik und Verwaltung unseres Bezirkes und des Landes Berlin, sondern auch viele, die im Kiez um die Weitlingstraße wohnen und arbeiten – ca. 12000 Menschen. Und so reichte am 14. Februar der Veranstaltungsraum im Obergeschoss der Empfangshalle im Bahnhof kaum aus für die vielen Interessierten, die zu der Zukunftskonferenz für den Weitlingkiez kamen. Nach der Begrüßung durch die Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich und nach den einleitenden Referaten wurde in den Arbeitsgruppen diskutiert, Engagierte fanden sich zusammen.

Bezirksstadträtin Katrin Lompscher und Knut Henkel von der Senatsverwaltung nahmen Kritik, Anregungen und Wünsche auf und gaben eine erste Stellungnahme ab. Jetzt geht die Arbeit mit den Ergebnissen dieses Abends los, in einem halben Jahr wollen wir in einem erneuten Bürgerforum sehen, was erreicht worden ist. Die Linkspartei.PDS-Fraktion Lichtenberg hat sich einiger dringender Probleme angenommen: Verkehrsberuhigung in der Lückstraße, Angebote für Kinder und Jugendliche im Weitlingkiez, Ruinen in der Lückstraße. *Maja-Helen Feustel*

## Monimboplatz

Zum 70. Geburtstag des nikaraguanischen Künstlers Manuel Garcia Moia am 13. Juni 2006 erhält der Platz vor dem Giebelwandgemälde „Nikaraguanisches Dorf – Monimbó 1978“ an der Skandinavischen Straße 26 den Namen „Monimbó-Platz“. Die BVV folgte damit einem Antrag der Linksfraktion. *J. P.*



Alles Gute zum Jubiläum wünscht Peter-Rudolf Zotl (2. v. r.) dem Verein für Ambulante Versorgung Hohenschönhausen und seinem Geschäftsführer, Roland Reckow.

## Tierheim braucht Hilfe

Europas größtes Tierheim erreicht die Grenzen seiner Kapazität bei der Betreuung von Hunden: Am Hausvaterweg in Falkenberg sind alle Hundeboxen überbelegt. Momentan betreuen die Mitarbeiter 300 Hunde – dabei ist eigentlich nur Platz für 270 Vierbeiner. Einige teilen sich jetzt auf engstem Raum eine Box. Und die Situation wird schlimmer: Jede Nacht werden bis zu zehn Hunde im Tierheim Berlin vom amtlichen Tierfang, der Feuerwehr und der Polizei in Falkenberg abgegeben.

„In der Geschichte des Tierheims in Falkenberg haben wir eine derartige Situation noch nicht erlebt“, sagte Prof. Dr. Heidemarie Klingbeil, die 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins für Berlin. Auch die Gründe, warum derzeit so viele Hunde im Tierheim landen, seien nur zu erahnen. Vermutlich spiele das Wetter eine Rolle.

## Bilanz 2005

Wer sich über die Ergebnisse der Arbeit des Bezirksamtes informieren möchte, kann sich jetzt durch eine 127 Seiten starke Mappe mit vielen Fotos und Grafiken durchkämpfen. Sie liegt aus in den Bibliotheken des Bezirkes und bei der Linkspartei.PDS – in den Fraktionsräumen im Rathaus oder in der Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14. *J. P.*

## NATÜRLICH Lichtenberg

Die „Erste Lichtenberger Öko-Woche“ findet vom 15. bis 21. Mai 2006 statt. Der Anstoß dazu kam vom Netzwerk „Besser leben in Lichtenberg“. Die Fraktion der Linkspartei.PDS nahm die Initiative zum Anlass, die Unterstützung der BVV und des Bezirksamtes zuzusagen. Bereits über 40 Akteure, Organisationen und Einrichtungen beteiligen sich.

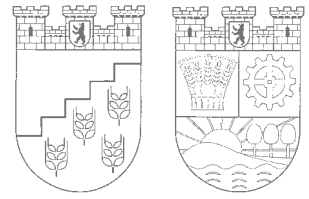
An Ideen scheint es nicht zu mangeln: Interkulturelle Gärten, solarbetriebener Verkehr, radfahrfreundliche Wege, Biodörfer in der Stadt, Ökomärkte, Projekte zur gesunden Ernährung, Seetourismus, Naturschulen in Landschaftsparks, alternative Energien ...

Ziel ist es, Interesse an ökologischen Themen zu wecken, auf bezirksspezifische Problematiken aufmerksam zu machen, praxiswirksame Projekte vorzustellen, Dialog und Engagement zu initiieren.

Die „Erste Lichtenberger Öko-Woche“ will Plattform sein zur Präsentation, Information und Kooperation von Unternehmen, Medien, Einrichtungen, Projekten und Initiativen, die sich für eine nachhaltige Entwicklung im Bezirk Lichtenberg engagieren wollen.

*Michael Grunst*

- Informationen unter:  
[www.besser-leben-in-lichtenberg.de](http://www.besser-leben-in-lichtenberg.de)  
Ansprechpartnerin: Katrin Fleischer,  
Telefon: 51658406



## Auf dem Weg zur Bürgerkommune

Den Anspruch vermeiden, zu wissen, was die Menschen brauchen! – das ist die Antwort von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke.PDS.

Bürgernähe füllt sich im Bezirk Lichtenberg mit Leben. Dabei sichert das Projekt „Bürgerhaushalt“ eine hohe Bürgerbeteiligung bei der Lösung kommunaler Aufgaben. Das Monitoring der Bürgerämter hilft, die durch die Bezirksfusion gewachsene Entfernung zwischen Bezirksverwaltung und Bürgerschaft aufzuheben.

Das Verständnis der Mitarbeiter in den Ämtern, Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger zu sein, wird durch Personalabbau z. B. im Bereich Soziales konterkariert: Die Bearbeitungszeiten verlängern sich, für den Einzelnen bleibt weniger Zeit in den Sprech-

stunden, die Dienstkräfte fühlen sich überlastet. Konflikte entstehen dort, wo gesetzliche Vorgaben bzw. Verwaltungsvorschriften und Bürgerinteressen sich widersprechen (z. B. Schließung von Schulstandorten).

Durch die Arbeit des Stadtteilmanagements entwickelt die Verwaltung neue Formen der Bürgernähe. Das Stadtteilmanagement ist in Lichtenberg ein Netzwerk aus Einzelakteuren, Initiativen und Projekten vor Ort, und fördert die Entwicklung zur Bürgerkommune durch eine möglichst umfassende und rechtzeitige Information der Bürger und die anschließende transparente Gestaltung von Verfahren oder Entscheidungen.

Bürgerinitiativen, Bürgervereinen und Kiezbeiräten will das Bezirksamt helfen bei der notwendigen Infrastruktur, bei der Öffentlichkeitsarbeit und der beratenden Tätigkeit. Denn sie sind offen auch für bisher nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger und ermöglichen ein wahrhaft bürgerschaftliches Engagement.

Marga Voigt



Foto: Joachim Pampel

## Ein Brunnen im Wandel

Lange haben Bürger sich mit dem Entwicklungskonzept für die Promenade zum Anton-Saefkow-Platz nicht anfreunden können, da für den scheinbar wichtigsten Teil, den Brunnenstandort, von den beauftragten Planern mit der Einordnung von Bodenfontänen keine annehmbare Lösung angeboten wurde.

Als unsere Fraktion nun im vergangenen Jahr den Antrag zum Wettbewerb für den Brunnenstandort auf dem Anton-Saefkow-Platz in die BVV eingebracht hatte, gab es

noch viele, die diese Idee nicht für praktikabel hielten. Heinz Oertel als Fachsprecher und ich als Ausschussvorsitzende (Foto) waren in allen Phasen der Diskussion beteiligt. Ende Januar hat die Jury 4 von 62 Vorschlägen eines Wettbewerbs für die weitere Bearbeitung vorgeschlagen. Bei allen wurde bei der Einwohnerversammlung Ende Februar Positives und Negatives bekundet. Anfang Mai wird entschieden – wieder mit Bürgern und durch die Jury. Wir dürfen gespannt sein.

Marion Platta, Stadtentwicklungspolitische Sprecherin Die Linke.PDS

## Bonjour, Katrin ...

Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung Katrin Lompscher (Linkspartei.PDS) im Interview

● **info links:** Du bist „Baustadträtin“ in Lichtenberg. Was gefällt Dir an dieser Arbeit besonders und was nicht so gut?

● **Katrin Lompscher:** Ich habe die Entscheidung, dieses Amt anzutreten, noch nicht bereut. Nach nun mehr als vier Jahren sind auch Ergebnisse und Erfolge zu erkennen:

- Das Wohngebiet Carlsgarten nimmt langsam Gestalt an. Wer hätte Ende 2001, als die Schließung der Trabrennbahn Karlshorst drohte, für möglich gehalten, dass sowohl der weitere Betrieb der Bahn als auch die städtebauliche Entwicklung tatsächlich gelingen?
- Das Nahversorgungszentrum Volkradpassage ist nach über einem Jahrzehnt Leerstand und Verfall neu entstanden. Mit der Umgestaltung der angrenzenden öffentlichen Flächen wird dieses Jahr begonnen.
- Mit dem Stadtbau Ost verschwanden im Bezirk an vielen Stellen leerstehende unansehnliche Kita- und Schulgebäude. Zahlreiche Plätze und Grünanlagen werden neu gestaltet.
- Die Sanierung der Wohngebäude in den Großsiedlungen ist fast abgeschlossen.
- Das Entwicklungsgebiet Rummelsburger Bucht präsentiert sich als attraktives, neues Wohngebiet.
- Die Kiezspinne im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd hat aus Urban-Mitteln ein neues Haus erhalten.
- Das Stadthaus in der Türschmidtstraße steht als künftiges Bezirksmuseum kurz vor der Fertigstellung.

Diese wenigen Beispiele sind Beleg dafür, dass ich in meiner Arbeit viele Erfolgserlebnisse habe. Diese gelingen nur durch gute Zusammenarbeit mit anderen und mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich wäre über eine 2. Halbzeit nicht böse.

● **info links:** Du bist Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei. Ist das eher eine Belastung oder eine Bereicherung für Dich?

● **Katrin Lompscher:** Der Blick über den Tellerrand des Bezirkes ist in jedem Fall eine Bereicherung. Natürlich ist dieses Ehrenamt mit zusätzlichen Terminen verbunden. Aber ich nehme diese, soweit ich es mit meinen sonstigen Verpflichtungen vereinbaren kann, gern in Kauf. Der Landesverband der Linkspartei braucht unterschiedliche Kompetenzen. Der Blick aus der Bezirksperspektive ist nützlich für die Politik auf Landesebene.



Foto: Steffen Wollmann

Die Linkspartei.PDS in der „Kiezspinne“: Landesvorsitzender Klaus Lederer überraschte Anfang März im Podiumsgespräch mit Steffi Schulze (Mda) seine Zuhörer mit einer offenen und ehrlichen Bilanz rot-roten Regierens in Berlin.

## Cui bono, WASG?

Dem „quo vadis?“ von Jürgen Steinbrück in Ausgabe 2 der „info links“ muss auch diese Frage folgen: Wem nützt die Entscheidung der Berliner WASG, am 17. September mit einer eigenen Landesliste zur Wahl anzutreten? Links bleibt weiter zersplittert, jagt sich untereinander die Wählerstimmen ab, statt diese in einem Kraftstrom zu bündeln.

La Rochefoucauld, der große französische Moralist, sagte: „Unsere Handlungen sind wie Endreime, auf die jeder sich seinen Vers machen kann.“ Mein Vers: Die hiesigen WASG-Meinungsträger wollen offensichtlich nur eins – die „Linkspartei.PDS“ in Berlin und Mecklenburg/Vorpommern aus der Regierung drängen und woanders gar nicht erst zur Regierung zulassen! Nicht nur besorgte Linke fragen deshalb: „Wer spielt hier wessen Spiel?“

Martin Walter

## Delegierte gewählt

Am 10. Parteitag der Linkspartei.PDS (1. Tagung: 29./30. April, Halle) nehmen für Lichtenberg teil: Christina Emmrich, Rim Farha, Dr. Gesine Lötzsich, Dr. Steffi Schulze, Dr. Bernd Ihme, Dr. Andreas Prüfer, Michael Stadler und Harald Wolf.

## Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg

● **15. März:** Da sitzt der Vertreter der CDU im Präsidium der BVV und schwadroniert über die ach so undemokratische Mehrheitspartei. Da kommen Sprüche, die schon ein großer deutscher Schriftsteller als Grundtorheit unserer Epoche entlarvte. Manchmal möchte ich ihm zurufen: Vorsicht, Ihr „Chef“ hört alles und wird dann einst fragen, wie sein Sohn hinieden die Liebe zu seinen Feinden ausgelebt hat. Übrigens, im Präsidium säße er nach d’Hondt nicht, hätte die Linke.PDS nicht ein weites Herz für Minderheiten.

## Bei anderen gelesen

In einem TAZ-Interview am 16. März sagte Michael Müller, Berliner SPD-Chef: „Es hat nicht gerade geholfen, dass ausgerechnet die beiden Senatoren die Hartz-IV-Reformen umsetzten, die grundsätzlich dagegen waren.“

Interviewer Lohre gibt die Reaktion des Vorsitzenden der Linksfraktion Stefan Liebig folgendermaßen wieder: „Seine Partei habe die sozialen Folgen der vom Bund beschlossenen Arbeitsmarktreformen nach Kräften abgedeckt.“

## Veranstaltungen

- **Freitag, 7.4., 18 Uhr**  
2. Tagung des 10. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Berlin; ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1
- **Sonabend, 8.4., 10 Uhr**  
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich durch Alt-Lichtenberg; Treff: Theater an der Parkaue
- **Montag, 10.4., 19 Uhr**  
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Dienstag, 11.4., 17–18 Uhr\*\***  
Bürgersprechstunde Gesine Lötzsich
- **Dienstag, 11.4., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 12.4., 17 Uhr**  
„Die Linke im Deutschen Bundestag“, Bürgerforum mit Gregor Gysi; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 12.4., 19 Uhr\***  
Beratung des BV mit Mitgliedern in Vereinen und Verbänden
- **Sonntag, 16.4., 14–17 Uhr**  
Osterspaziergang mit Christina Emmrich; Rummelsburger Bucht
- **Sonntag, 23.4., 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch mit Prof. Elmar Altvater zu seinem Buch: „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“
- **Dienstag, 25.4., 18 Uhr**  
„Lockruf von Rechts und das Echo“, Forum mit Christina Emmrich, Giyas Sayan (Mda), Birgit Stenzel (Initiative gegen Rechts) u. a.; KULTschule
- **Dienstag, 25.4., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 26.4., 17 Uhr**  
Tagung der BVV Lichtenberg; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Sonabend/Sonntag, 29./30.4.**  
1. Tagung des 10. Bundesparteitages; Halle/Saale
- **Montag, 1.5.**  
Familienfeste, **ab 11 Uhr:** Falkenberger Chaussee/Vincent-van-Gogh-Straße (mit einem Stand der Linkspartei), **ab 12 Uhr:** Frankfurter Allee/Möllendorffstraße

Veranstaltungsort:

\* Alfred-Kowalke-Straße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5

## Bitte beachten!

Am Donnerstag, dem 13. April, bleibt die Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS geschlossen!

## Hartz IV – abgelehnt, trotzdem gestalten!?

Von Steffi Schulze, Sozialpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus

Die Position der Linkspartei.PDS ist eindeutig: Wir haben Hartz IV im Bundestag abgelehnt, im Bundesrat hat das Land Berlin dem Gesetz nicht zugestimmt, und wir haben uns aktiv am Bündnis gegen Hartz IV beteiligt.

Ich war und bin gegen Hartz IV weil:

- nachweislich keine neuen Jobs entstehen,
- die Arbeitsmarktpolitik zentralisiert wird, statt die Kommunen stärker einzubeziehen und für kommunale Beschäftigung zu nutzen,
- der Druck auf den einzelnen Arbeitslosen erhöht wird, jede, auch die schlechtest bezahlte Arbeit anzunehmen,
- ein perfides Sanktionssystem gegenüber Arbeitslosen entwickelt wurde.

Im Bund und in den Ländern hat die Linkspartei.PDS unsere Kritik an Hartz IV mit konkreten Veränderungsvorschlägen untermauert.

Das Gesetz abzulehnen entließ uns allerdings nicht aus der Pflicht, es auf Landesebene umsetzen zu müssen. Dabei wollen wir Bedingungen schaffen, dass Betroffene keine zusätzliche Diskriminierung erfahren. Wo wir administrative Verantwortung tragen, haben wir dafür gesorgt, dass zustehende Leistungen ausgezahlt und Spielräume zu Gunsten der Betroffenen ausgenutzt werden.

Eine Bundesratsinitiative des Berliner Senats stritt für Korrekturen am Hartz-IV-Gesetz und forderte dabei ein höheres und einheitliches Arbeitslosengeld II in Ost und West, die Wiederherstellung des Vertrauensschutzes für



Foto: Jörg Rückmann

ältere ALG-II-Bezieher, die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten, die Einbeziehung von Personen, die keine Leistung empfangen, in beschäftigungspolitische Maßnahmen, die Verbesserung der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, um Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen. Einige der Forderungen, wie die inzwischen beschlossene Angleichung des ALG II in Ost und West, ist somit eindeutig auch auf Druck durch die Linkspartei.PDS zu Stande gekommen.

### Spielräume ausnutzen

Die Berliner Regelung der Übernahme der Wohnkosten ist ein Beispiel für die Nutzung von Spielräumen der Umsetzung der Gesetze. Auf Druck der Linkspartei.PDS wurde in Berlin eine Regelung beschlossen, die massenhafte Umzüge von ALG-II-Beziehern verhin-

*Das ist makaber: Der Eingang zum Lichtenberger JobCenter in einer Reihe mit den Recyclingtonnen der Stadtreinigung. Etwas mehr Feingefühl für die Menschen, die hier ein- und ausgehen müssen, kann man von den Mitarbeitern hier schon verlangen.*

dern soll. Die Lebenssituation der Betroffenen soll sich nicht noch weiter verschlechtern. Es soll auf jeden Fall verhindert werden, dass sie auch noch ihre Wohnung wegen zu hoher Kosten verlieren. So werden in Berlin für die Betroffenen im 1. Jahr des ALG-II-Bezugs die Kosten der Unterkunft vollständig übernommen. Dann gelten Richtwerte für die Kosten von Miete und Heizung, die sich am Mietspiegel orientieren. Es gibt weitgehende Härtefallregelungen für Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen und über 60-Jährige.

### Reale Alternativen zu Hartz IV

Eine wichtige Alternative zu Hartz IV ist die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre versicherungspflichtige, gemäß Tarif- oder Mindestlohnstandards gestaltete Arbeitsverhältnisse für soziale, ökologische, kulturelle Aufgaben in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Finanziert werden kann dies durch die Bündelung bisher verausgabter Transferleistungen und zusätzlicher öffentlicher Mittel etwa aus dem Europäischen Sozialfonds. Damit könnten Arbeitsplätze finanziert werden für wichtige öffentliche Aufgaben durch eine reguläre Lohnzahlung gerade an Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum Chancen haben.

### Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde im April nach Vereinbarung
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunde am 25.4., 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 87 83 (privat); Sprechstunde am 26.4., 17 Uhr, Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch, Ahrenshooper Straße 5
- **Giyas Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunden am 5.4. und 3.5., jeweils 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, AGH
- **Dr. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil)/Wahlkreismitarbeiter Daniel Tietze: E-Mail: kontakt@wahlkreis-zottl.de, ☎ 0172-87195 75; Sprechstunden im April nach Vereinbarung

Selbstverständlich gibt es immer auch Termine nach Vereinbarung. Gern kommen wir zu aktuellen Fragen in Bürger- und Basisveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

## „Schweinebande“

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

Es gab einen Eklat im Bundestag. Ich zitiere aus dem Protokoll der Bundestagsitzung vom 16. März: „Ein Teil der Abgeordneten der Fraktion Die Linke erhebt sich und zieht sich Streikwesten mit dem Aufdruck ‚ver.di Streik‘ an. – Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lafontaine, das ist die Schweinebande, die hinter dir sitzt! – Ernst Burgbacher (FDP): Schämt ihr euch eigentlich nicht? Diese Proleten!“ Der Vizepräsident Solms rügte die beiden Abgeordneten für ihre verbalen Ausfälle. Gut so – allerdings halte ich das Wort „Prolet“ nicht für ein Schimpfwort. Im Gegenteil, ich wünschte mir Proleten im Bundestag.

So turbulent geht es nicht immer im Bundestag zu, doch die Landtagswahlen führten bei allen Parteien zu einer zunehmenden Nervosität. Hinter den Kulissen, in den Ministerien, läuft aber alles wie immer geräuschlos. Zurzeit arbeiten wir als Fraktion intensiv am Bundeshaushalt 2006, der Ende März in den Bundestag durch die Bundesregierung eingebracht wurde. Der Hauptkritikpunkt der Linken ist klar: Alle geplanten Einsparungen und Reformen – einschließlich Hartz I bis IV – wären überflüssig, wenn wir in unserem Land die Vermögen so besteuern würden, wie in Schweden oder Finnland. Doch die Große Koalition will nichts hören von einer stärkeren Belastung der Besserverdienenden und Vermögenden.

Aber wir machen auch unter den gegebenen Bedingungen konkrete und finanzierbare Vorschläge. Wir wollen z. B. 5 Milliarden Euro für die Aufstockung des Arbeitslosengeldes II haben. Finanzieren wollen wir das aus den Strafzahlungen, die Toll Collect an die Bundesregierung leisten muss (5,5 Mrd. €). Toll Collect hatte bekanntlich das Mautsystem

### Ich bin zu erreichen:

- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist hier erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- **Sprechstunde:** 11.4., 17–18 Uhr, Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**



Foto: Steffen Wollmann

1 200 Rosen zum Frauentag verteilten Gesine Löttsch, Steffi Schulze und ihr Team aus Frühaufliegern am 8. März nun schon das zweite Jahr an die Pendlerinnen an den S- und U-Bahnhöfen in Lichtenberg sowie an die Krankenschwestern des Oskar-Ziethen-Krankenhauses.

nicht zum Laufen gebracht, so dass dem Bund beachtliche Einnahmen verloren gingen.

Im Haushalt geht es nicht nur um die ganz großen Beträge, oft sagen kleinere Haushaltstitel mehr über die Regierung aus als die großen. So plant die Bundesregierung die drastische Kürzung der Mittel für die Programme gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Statt derzeit neun Millionen Euro jährlich sind für 2007 nur noch sieben und in den Folgejahren sechs Millionen Euro dafür geplant. Ich frage mich, auf welcher Grundlage werden solche Entscheidungen getroffen? Wie kann eine Regierung in Anbetracht von Naziaufmärschen und zunehmender rechtsextremer Gewalt die Gelder für ein solches Programm kürzen? Das lassen wir Frau Merkel und Herrn Müntefering nicht durchgehen.

### Mindestlohn

Unsere Fraktion hat in den letzten Wochen viele Anträge und Anfragen gestellt. Besonders gut finde ich unseren Antrag auf einen Mindestlohn in Deutschland. Jahrelang hat sich die Bundesregierung gegen einen Mindestlohn gewehrt, obwohl die Mehrheit der EU-Länder einen solchen Mindestlohn hat. Fast zeitgleich wurde eine Studie der Böckler-Stiftung veröffentlicht, die nachweist, dass in den Ländern, in denen es Mindestlöhne gibt, kein Arbeitsplatzabbau aufgrund dieser Mindestlöhne festzustellen ist.

Jetzt will sogar Frau Merkel einen Mindestlohn einführen. Solch ein Sinneswandel wäre ohne eine starke Linke im Bundestag nicht denkbar gewesen.

### Kassenvorstände

Ich habe die Bundesregierung gefragt, wie viele Vorstände von Krankenkassen ihre Gehälter immer noch nicht offengelegt haben, obwohl dies seit über einem Jahr gesetzlich vorgeschrieben ist, und ob die Bundesregierung meint, dass die Gehälter der Vorstände den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.

29 Kassen haben ihre Vorstandsgehälter noch nicht veröffentlicht. 16 Kassenvorstände klagen gegen die Veröffentlichung, weil sie der Auffassung sind, dass damit ihre Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Das ist wirklich absurd! Jeder ALG-II-Empfänger muss vor den Behörden all seine Einkünfte und sein Vermögen offenlegen, und diese Kassenvorstände meinen, dass die Kassenbeitragszahler kein Recht hätten, zu wissen, wie ihre Beiträge ausgegeben werden.

Auch die Höhe der Einkünfte ist nicht gerechtfertigt. Einige Vorstände von Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen bekommen Gehälter, die dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit widersprechen. Sie können nicht einerseits immer höhere Beiträge von den Versicherten fordern und gleichzeitig unverhältnismäßige Gehälter einstreichen.



## Fotoausstellung: Blick zurück in die Zukunft



Noch bis zum 17. April zeigt das Deutsch-Russische Museum Karlshorst Fotos der Agentur RIA-Nowosti zum 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und Deutschland (Alt-BRD). Leider fehlt für die Zeit von 1950 – 1990 die DDR in dieser Geschichtsbetrachtung. Eine wichtige Ergänzung ist deshalb der Ausstellungskatalog

(Preis: 4 €). Ehemalige Diplomaten und namhafte Historiker untersuchen den konfliktreichen Prozess einer Annäherung im Alltag und bei historischen Momenten. Gennadi Schikin, letzter Botschafter der UdSSR in der DDR, schildert seinen „Abschied von der DDR“ 1990. Ausstellung und Katalog zusammen geben wichtige Denkanstöße. *Inge Uesseler*

## Schwimmen bei „Berolina“

Es war noch bitterkalt, als ich an der Schwimmhalle Sewanstraße vorbeiging. Drinnen tummelten sich Mädchen und Jungen, darunter auch dicke. Davon gibt es – leider – immer mehr. Unter den 5- bis 7-Jährigen ist z. B. jedes 5. Kind zu schwer. Ich wusste, dass in der Sewanstraße und am Anton-Saefkow-Platz der „SV Berolina e.V.“ auch sie betreut. Den Verein unter diesem Namen gibt es seit 1991. Schwerpunkt ist von Anfang an Freizeitsport für Kinder und Jugendliche. Mitglied werden kann, wer Spaß am Schwimmen, an Wettkämpfen unterschiedlichster Art oder

gemeinsamen Fahrten in Ferientrainingslager hat. Im Februar ging's z. B. ins Riesengebirge, im Sommer steht Ahlbeck auf dem Plan.

Der Jahresbeitrag für Mitglieder beträgt 48 Euro. Dafür wird viel geboten. Zweimal wöchentlich kommen fast alle zum Schwimmen. Öfter sind vor allem diejenigen in den Hallen, die an Wettkämpfen und Meisterschaften teilnehmen. Auch für Senioren gibt es spezielle Angebote am Anton-Saefkow-Platz.

Vierjährige und Siebzigjährige sind im Verein. Dünne und Dicke. Schwimmen ist gesund, macht Spaß und ist allemal eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Wer mehr wissen will, findet unter [www.svberolina.de](http://www.svberolina.de) nützliche Informationen. *Inge Uesseler*

## info links

### Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Bezirksverband Lichtenberg, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@pds-berlin.de](mailto:lichtenberg@pds-berlin.de)

Web: [www.dielinke.pds-lichtenberg.de](http://www.dielinke.pds-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 3/06: 3.4.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 4/06:

Dienstag, 4.4., Mittwoch 19.4.2006, jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 17.4.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 4.5.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

## Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 8.4., 17 Uhr**  
Katja Epstein singt alte und neue Lieder; Theater Karlshorst, Treskowallee 111
- **Dienstag, 11.4., 14 Uhr**  
„Kennen Sie Kaukasien?“, eine Kulturreise mit Dr. Steffi Chotiware-Jünger; KULTschule, Sewanstraße 43
- **Donnerstag, 20.4., 19 Uhr**  
„Der Grenz-Gänger“, Lesung und Podiumsdiskussion mit Landolf Scherzer; Wahlkreisbüro Dr. Gesine Löttsch, Ahrens-  
hooper Straße 5
- **Freitag, 21.4., 19 Uhr**  
Politiktheater und Podiumsdiskussion „Kontrapunkt“: Politik und mehr. Lieder-  
macher- und Infoveranstaltung; „Das weite Theater für Puppen und Menschen e.V.“, Parkaue 23
- **Sonnabend, 22.4., 15 Uhr**  
„Geheimnisvolle Sterne“ – eine Reise zu den Quellen der ägyptischen Astronomie, mit Prof. Dr. Dieter B. Hermann; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Sonnabend, 22.4., 19 Uhr**  
Theaterpremiere: „Kindertransport“, jüdische Berliner Kinder nach der Programnacht am 9. November 1938 auf dem Weg nach London; Theater an der Parkaue
- **Freitag, 28.4./Sonnabend, 29.4., 20 Uhr**  
Lieder und Texte zum Thema: „Wie KRIEG ich FRIEDEN?“; Zimmertheater Karlshorst
- **Sonntag, 30.4., 21 Uhr**  
Walpurgisnachtparty, veranstaltet vom Jugendclub Linse; Parkaue 25
- **Noch bis 5. Mai**  
Ausstellung: Klaus Staeck, Collagen; KULTschule; Sewanstraße 43

## Links gerockt wird hier

Unter dem Motto „Rote Karte dem Rassismus!“ findet „Rock für Links“ am 10. Juni in der Parkaue statt. Ein Bündnis aus Linkspartei.PDS, [solid] und dem antifaschistischen Jugendbündnis ALKALIJ setzt ein deutliches Zeichen gegen Intoleranz, übersteigerten Nationalismus und Diskriminierung. In einem Bandwettbewerb, mit dem die jungen Musiker gefördert werden, können sich die Gruppen für einen Auftritt bei „Rock für Links“ qualifizieren. Die nächste Gelegenheit dafür ist am 5. Mai im Klub Linse (Parkaue 25, ab 19 Uhr): Es spielen die Bands Surrealist-Berlin, The 5 Schrauben aus Timbuktu, Crimson Sunday, Flambeau und RataToska. *Daniel Tietze*